

Zeugen nach Unfall gesucht

Neuenkirch Ein Autofahrer hat am Montag in Neuenkirch eine Fussgängerin erfasst, die einen Fussgängerstreifen überqueren wollte. Die Frau erlitt dabei erhebliche Verletzungen. Laut Luzerner Polizei war das Auto um 17.15 Uhr in Richtung Lohren unterwegs, als es auf der Höhe Luzernstrasse 15 die Fussgängerin touchierte. Sie wurde dabei aufs Trottoir geschleudert und blieb dort verletzt liegen. Eine Ambulanz brachte die Verletzte ins Spital. Die Polizei sucht Personen, die den Unfall beobachtet haben. Zeugen werden gebeten, unter 041 248 81 17 anzurufen. (pd/spe)

Vorstossflut zum Klimaschutz

Grüne Nach dem trockenen und heissen Sommer sind die Grünen des Kantons Luzern der Meinung, dass es auch in der Region mit der Klimapolitik vorwärtsgen muss. In einem Vorstoss-paket fordern sie den Regierungsrat auf, Massnahmen gegen die Klimaveränderung zu ergreifen und Anpassungen vorzunehmen. Zu den vorgeschlagenen Massnahmen gehört beispielsweise ein Steuerrabatt für Wenigfahrer, welcher die Strasse entlasten und die CO₂-Emissionen senken soll.

Bessere Information für Ältere und Kranke
Weiter sollen grosse Solaranlagen für den Eigenbedarf besser gefördert werden. Auch soll in einem anderen Vorstoss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die immer intensiveren Hitzeperioden vermehrt zu gesundheitlichen Problemen bis hin zum Tod von älteren und kranken Menschen führen können. Diese Personen sollen besser informiert und begleitet werden.

Auch der Wald soll ein besseres Management erhalten – dies im Nachgang zu den Sturmschäden, die der Sturm Burglind im Sommer verursachte. Wie umfassend das Vorstosspaket der Grünen ist, zeigt etwa die Forderung, eine Kantonsinitiative zu lancieren, um in der Schweiz eine Kerosinsteuer einzuführen. (pd/uus)

Mehr Zahlen fürs Wahljahr gefordert

Wahlen Das überparteiliche Netzwerk Frauen Luzern Politik hat sich zum Ziel gesetzt, bei den kantonalen und nationalen Wahlen 2019 den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen. **Ylfete Fanaj** (SP, Luzern) hat gemeinsam mit **Claudia Bernasconi** (CVP, Greppen), **Rosy Schmid-Ambauen** (FDP, Hildisrieden), **Claudia Huser Barmettler** (GLP, Luzern) und **Rahel Estermann** (Grüne, Luzern) im Kantonsrat ein Postulat eingereicht. Der Vorstoss verlangt vom Regierungsrat, den Geschlechteranteil im Kantonsrat in der Wahlordnung darzustellen. Damit folgen die Postulantinnen dem Beispiel des Kantons Tessin, der die Geschlechtervertretung in der Anordnung fürs Wahljahr 2015 aufgezeigt hat. Fanaj sagt: «Ein solcher Hinweis kann Wählerinnen und Wähler sensibilisieren, Frauen und Männer ausgewogen auf die Listen zu setzen.» (pd/uus)

Das «Disneyland» polarisiert

Tourismus Wie sollen sich unsere Berggebiete entwickeln? Darüber herrschte am gestrigen Podium «Die Alpen zwischen Wildnis und Disneyland» Uneinigkeit. Dennoch wurden Lösungsansätze diskutiert.

Niels Jost
niels.jost@luzernerzeitung.ch
Ob Rigi, Titlis oder Pilatus – unsere Berggebiete befinden sich im Clinch: Einerseits müssen sie sich in einem hart umkämpften Markt beweisen und Millionen in neue Infrastruktur und Angebote investieren, um weiterhin für Touristen attraktiv zu bleiben. Andererseits müssen sie Acht geben auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Natur.

Dieses Spannungsfeld gilt es zu lösen. Darüber waren sich die Teilnehmer des gestrigen Podiums «Die Alpen zwischen Wildnis und Disneyland» im Naturmuseum Luzern einig. Nur: Wie? Diese Frage ist derzeit brandaktuell, wie Dominik Siegrist, Leiter des Kompetenzzentrums Infrastruktur und Lebensraum an der Hochschule Rapperswil, in seinem Input-Referat vor den rund 50 Anwesenden erwähnte. Denn: «Das Bedürfnis, in unserer Freizeit in die Wildnis zu gehen, ist heute viel grösser als noch vor 20 Jahren.» Entsprechend nehme die Polarisierung zwischen dem Tourismus in den Bergen und der Landschaft und seiner Bevölkerung zu.

«Angebote versperren unsere Landschaft»
Wie man diesem Problem begegnen sollte, ist für René Stettler klar: «Wir müssen lernen, unsere Landschaft nicht mit zusätzlichen Angeboten zu versperren», sagte der Kulturwissenschaftler und Initiant der Petition «Nein! zu Rigi-Disney-World». Anderer Meinung war Norbert Patt, Geschäftsführer der Titlis-Bahnen.



Besucher einer chinesischen Reisegruppe auf der Rigi. Bild: Roger Grütter (22. Juli 2015)

In Ermensee erhitzt Auszonung die Gemüter

Siedungsleitbild Der Kanton hat Ermensee als Auszonungsgemeinde definiert. Dass damit 5000 Quadratmeter Bauland in die Landwirtschaftszone überführt werden, stösst auf viel Unverständnis.

Vor rund einem Monat hat Ermensee den 1000. Einwohner begrüsst. Die Gemeinde wächst in den vergangenen Jahren markant. Und das soll auch weiterhin so bleiben. Potenzial sieht man vor allem in den Gebieten Tämptäler und Dorfkern. Jetzt hat die Kantonale Dienststelle Raum und Wirtschaft (Rawi) Ermensee jedoch als Auszonungsgemeinde definiert. Das heisst: Rund 5000 Quadratmeter Bauland müssen der Landwirtschaftszone zugewiesen werden. Betroffen davon sind sechs Parzellen an der Peripherie von Ermensee und deren acht Grundeigentümer. Die Grundlage für die Auszonung liefert das Eidgenössische Raumplanungsgesetz, das vom Schweizer Stimmvolk 2013 klar angenommen wurde, sowie der revidierte Richtplan und das Planungs- und Baugesetz des Kantons. An einer Informationsveranstaltung orientierte der Gemeinderat nun über das Siedungsleitbild. Und in diesem Zusammenhang wurde in der mit rund 100 Interessierten prall gefüllten Aula des Schulhauses auch heftig über die anstehende Auszonung diskutiert. Am 23. Oktober wurden die davon betroffenen Grundeigentümer von der Ermenseer Exekutive «katastrophal».

Seit letzten Montag hat die Gemeinde über die fraglichen Gebiete eine Planungszone erlassen. Mit dieser Massnahme wird erwirkt, dass diesen Landbesitzern für weitere Aktivitäten in den fraglichen Gebieten die Hände gebunden sind. **«Sind wir in Afrika oder in der Schweiz?»** Bei den diversen Voten stand an der Infoveranstaltung vor allem ein Vorwurf im Zentrum: Eine ungenügende Kommunikation des Gemeinderates. «Diese Art der Information entspricht nicht der Perle des Seetals», betonte ein von der Auszonung Betroffener in Anspielung auf die Eigenwerbung der Kommune. Des Weiteren wurden auch sehr markige Worte verwendet. So wurde der für das Ressort Bau, Verkehr und Infrastruktur zuständigen Gemeinderat Lukas Wedekind (CVP) verbal angegriffen. Es gäbe Möglichkeiten für gütliche Lösungen. Sie hätten aber kein Mitspracherecht gehabt, so ein Votant. Er erwarte, dass die Rückzonung zurückgenommen werde. Ein Redner fand das Vorgehen des Gemeinderates «nicht akzeptabel». Für einen Weiteren war das Vorgehen der Ermenseer

Exekutive «katastrophal». Sauer aufgestossen ist Betroffenen auch, dass die faktische Enteignung ohne monetären Ersatz passieren soll. «Sind wir in Afrika oder in der Schweiz», fragte einer der Anwesenden. Klar ist: Diese Landbesitzer müssten einen Werteverlust einklagen. «Es ist zu erwarten, dass es nicht automatisch eine Entschädigung gibt», sagte Roger Michelin von Planteam AG, Luzern. Mit dem Büro arbeitet Ermensee raumplanerisch zusammen.

«Mit diesem Vorgehen hebt der Kanton die Basisdemokratie aus.»

Reto Spörri (FDP)
Gemeindepräsident Ermensee

Gemeindepräsident Reto Spörri (FDP) seinerseits betonte: «Der Kanton hat nach fixen Kriterien festgelegt, was ausgezont werden muss.» Lediglich, wenn bei den zur Diskussion stehenden Flächen ein Baugesuch hängig ist oder gerade eine Handänderung passierte, würde eine Ausnahme gemacht.» Man hätte mehrmals intensive Gespräche mit dem Kanton geführt. Diese seien sehr schwierig gewesen, weil messerscharf geführt und ohne gross Kompromisse zu erlauben, argumentiert worden sei. «Uns wurde praktisch kein Spielraum gelassen.» Und weiter betonte Reto Spörri: «Mit diesem Vorgehen hebt der Kanton die Basisdemokratie aus.» Dass die Regierung kräftig auf das Gaspedal drückt, habe vor allem damit zu tun, dass sie bis im April dem Bund die auszunehmenden Flächen melden müsse, vermutet Spörri. Dabei handelt es sich um ungefähr 70 Hektaren, bestätigt Kantonsplaner Mike Siegrist auf Anfrage. Er sagt aber auch: «Bis zum Abschluss aller Dialoge zwischen dem Kanton und den Gemeinden und den darauf folgenden Bereinigungen lässt sich noch keine definitive Zahl nennen.» Rund ein Viertel

Ihm zufolge sind Berggebiete auf ein touristisches Angebot angewiesen. Alleine eine schöne Aussicht zu haben, reiche nicht. «Ein Skifahrer, der schon x-mal auf dem Berg war, will etwas erleben.» Patt ist aber auch der Überzeugung, dass der Massentourismus und der Schutz der Landschaft koexistieren können. Dies, indem die Gebiete, wo sich Touristen aufhalten dürfen, klar abgegrenzt werden – etwa von Naturschutzgebieten. Patt ging sogar einen Schritt weiter. Nach einer entsprechenden Frage von Moderator Urs Steiger, Wissenschaftsjournalist aus Luzern, plädierte er dafür, den Tourismus im Alpenraum zu konzentrieren. Sprich: Den Mut zu haben, touristische Anlagen in kleinen Gebieten, die ohnehin nicht rentieren, rückzubauen. In die gleiche Kerbe schlug Dominik Siegrist: «Wenn eine Gemeinde jedes Jahr in ein Berggebiet investieren muss, ist das nicht nachhaltig.» Diese Idee sei allerdings kaum umsetzbar, sagte Matthias Imdorf, Strategie- und Konzeptentwickler der Erlebnisplan AG aus Luzern. Denn jedes noch so kleine Gebiet habe seinen Rückhalt, sei es von einem Mäzen oder eben von der Bevölkerung. Ebenso diskutiert wurde der Vorschlag von René Stettler, stärkere Preisabsprachen zwischen den Zentralschweizer Berggebieten abzuhalten. Damit könnten sie die Preise gerade für die Touristen aus Übersee hochhalten. Titlis-Geschäftsführer Patt würde anderswo ansetzen. Verloren gehe das Geld nämlich durch die Vergütung von GA oder Halbtax – bei Schweizer Kunden.

der Luzerner Gemeinden sind von einer Auszonung betroffen. **«Der Kanton hat Thema vor sich hingeschoben»** Wedekind sprach von einer «unschönen Situation für die Betroffenen». Doch der Gemeinderat hätte aufgrund der vorgegebenen Marschrichtung zwischen «Pech oder Cholera» wählen können. «Der Kanton hat das Thema vor sich hingeschoben und lässt es jetzt wie eine heisse Kartoffel fallen. Wir müssen es ausbaden.» Bis im Sommer 2020 will Ermensee über die ebenfalls angestossene Ortsplanungsrevision entscheiden. Diese Zeit möchte der Gemeinderat auch nutzen, um für die von der Auszonung Betroffenen noch eine möglichst verträgliche Lösung herauszuholen. Nach heutigem Zonenplan hat Ermensee ohne die Arbeitszone von 17000 Quadratmetern noch 19000 Quadratmeter unüberbautes Bauland. Davon müssen jetzt zirka 5000 Quadratmeter ausgezont werden. Und was das Siedungsleitbild betrifft: Dort läuft noch bis am 30. November die öffentliche Mitwirkung. **Ernesto Piazza**
ernesto.piazza@luzernerzeitung.ch